

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Sommer ist noch nicht vorüber und ich hoffe, dass Ihr eine schöne Urlaubszeit hattet. Vorüber ist aber die sitzungsfreie Zeit in Kiel. Es beginnen wieder die ersten Ausschusssitzungen und der Landtag startet mit der 24. Tagung am 28. August 2019.

Für mich gibt es nach der parlamentarischen Sommerpause Veränderungen in meinen Politikbereichen.

Mit dem Rücktritt von Kai Dolgner als Arbeitskreisvorsitzenden AK Innen und Recht musste diese Position neu besetzt werden.

Der Fraktionsvorstand hat für diese Position Thomas Rother gewählt und ich bin von der Fraktion am 21. Juni 2019 zum Vorsitzenden des Finanzausschuss gewählt worden. Die erforderlich gewordene Neubesetzung des Vorsitzenden des Arbeitskreises hat in weiterer Folge dazu geführt, dass auch der künftige Vorsitzende des Finanzausschusses neu nominiert werden musste.

Somit wechsle ich als ordentliches Mitglied in den Finanzausschuss und Thomas wird ordentliches Mitglied im Innen und Rechtsausschuss. Ich bleibe stellvertretendes Mitglied im Innen- und Rechtsausschuss und im Agrar- und Umweltausschuss.

Neben dem Ausschussvorsitz in der Finanzpolitik und dem Petitionsausschuss bin ich weiterhin Medienpolitischer Sprecher und für die Themen Tierschutz, Jagd und Abfallwirtschaft, sowie für den Bereich Datenschutz zuständig. Ich freue mich auf meine neue Aufgabe als Ausschussvorsitzender.

Zum Geschäftsführenden Fraktionsvorstand, der bereits am 18. Juni gewählt wurde, gehören neben dem Vorsitzenden Ralf Stegner die Parlamentarische Geschäftsführerin Birgit Herdejürgen sowie die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Birte Pauls, Martin Habersaat und Beate Raudies.



Diverse Politikbereiche hatte sich der Schleswig-Holsteinische Landtag auf die Tagesordnungen seiner letzten beiden Sitzungen vor der Sommerpause gesetzt. In der Mai-Sitzung ging es in der Aktuellen Stunde um Forderungen nach einem dauerhaften Tempolimit auf der Autobahn 7 zwischen dem Bordesholmer Dreieck und Hamburg.

Das Tempolimit von 120 Kilometer pro Stunde auf der A7 zwischen dem Bordesholmer Dreieck und Hamburg ist aufgehoben worden. Über ein permanentes Tempolimit auf der Autobahn kann nur das Bundesverkehrsministerium in Berlin entscheiden - da die A7 eine Bundesautobahn ist. Trotzdem beschäftigte sich die Landtagssitzung in Kiel mit diesem Thema. "Es sprechen viele Gründe für ein Tempolimit", sagte Ralf Stegner. Höhere Fahrsicherheit und damit weniger Unfälle gehörten dazu. Er halte Tempo 130 als Limit für denkbar. „Tempolimits haben auch etwas mit Klimaschutz zu tun. So könnten dadurch von heute auf morgen laut Bundesumweltamt knapp 10 Prozent des CO2-Ausstoßes von PKW auf Autobahnen eingespart werden – das schafft keine andere Maßnahme. Auch der Verkehrsfluss wird gleichmäßiger, wenn diejenigen Autofahrer ausgebremst werden, die deutlich über der Richtgeschwindigkeit unterwegs sind.“

Auch nach der Verabschiedung des neuen EU-Urheberrechts reißen die Proteste nicht ab. Es herrscht weiter Sorge um die Freiheit im Internet. Im Landtag gibt es nach wie vor eine breite Front gegen Upload-Filter für Internet-Plattformen. Diese Sperr-Programme könnten als Folge des neuen EU-Urheberrechts auf Nutzer des World Wide Web zukommen. Die Urheberrechtsreform soll die Rechte von Künstlern und Autoren schützen. Deren Werke sollen nicht ohne Genehmigung auf YouTube oder Facebook auftauchen. Upload-Filter können geschützte Inhalte schon beim Hochladen erkennen und aussortieren.

Kritiker fürchten, dass die Programme zu viel blocken und warnen vor Zensur. Die EU-Länder haben bis 2021 Zeit, die neuen Regeln in nationales Recht umzusetzen. Es geht um Millionen von Fotos und Filmen, die täglich im Internet landen. Wenn man vorab alles prüfen muss, schafft das gravierende Probleme. Die Bundesregierung hatte dem Reformwerk im April zwar zugestimmt, reagierte aber mit einer Zusatzklärung auf die Proteste. Darin bekennt man sich zu „freien, unzensurierten Kommunikationskanälen für die Zivilgesellschaft“. Es geht u.a. um ca. 100 Millionen Fotos pro Tag bei Facebook, wie sollen die Mitarbeiter dann wissen, was erlaubt ist.

In meiner Rede betonte ich deutlich: „Die Verwertung und Vergütung kreativer Inhalte darf nicht auf Kosten von Freiheitsrechten erfolgen. Wir wollen Upload-Filtern keine Entscheidung über unsere Meinungsfreiheit überlassen. Es darf keine Nutzung von Upload-Filtern in Deutschland geben.“

Über den Antrag des SSW und auch der Koalition berät nun der Innen- und Rechtsausschuss. Der AfD-Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Rede habe ich in diesem Newsletter aufgeführt.

Nach einer Verschärfung der Basler Konvention darf Kunststoff-Abfall ab 2021 nur noch ins Ausland gebracht werden, wenn er sauber ist und recycelt werden kann. Die Basler Konvention über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung vom 22. März 1989 ist ein internationales Umweltabkommen, das ein umweltgerechtes Abfallmanagement eingeführt hat und die Kontrolle der grenzüberschreitenden Transporte gefährlicher Abfälle regelt. 187 Staaten hatten sich darauf verständigt, die Regelungen zu verschärfen.

Die Wiederverwertung klappt aber beim Plastik nicht. Dies habe ich auch so in meiner Rede begründet. Jährlich werden über eine Million Tonnen Kunststoffabfall von Deutschland ins Ausland exportiert. Wir können aber nicht weiter ignorieren, was mit diesem „Wohlstandsmüll“ gerade in Südostasien oder auch in der Türkei passiert.

Die SPD unterstützt die von der Bundesregierung angestrebte Verschärfung der internationalen Regeln für den Export von unsortiertem und schwer wiederverwertbarem Plastikmüll und regt ein EU-weites Exportverbot an. Innenpolitisch haben wir die Landesregierung aufgefordert, sich über eine Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot des Plastikmüll-Exports aus Deutschland einzusetzen.

„Exportierte Plastikabfälle aus den Industrieländern sind häufig so stark verunreinigt, dass sie nicht ohne weiteres recycelt oder auf andere Weise weiterverarbeitet werden können“, heißt in meinem Antrag. Allerdings, so habe ich angemerkt, sind Kunststoffabfälle weltweit bislang nicht als „gefährlicher Abfall“ deklariert und dürfen frei gehandelt werden. Deshalb sind „Deutschland und Europa in der Verantwortung, ihren Plastikmüll selbst zu sortieren, zu recyceln oder zu entsorgen“. Die Bundesregierung sollte deshalb den Export generell verbieten und ein solches Verbot auch auf EU-Ebene durchsetzen. „Bis zur Umsetzung eines solchen Verbotes müssen die Exporte stärker auf Verunreinigungen kontrolliert werden“, heißt es im Antrag weiter. Zuständig für die Kontrollen beim Export sind in Deutschland die Bundesländer.

Hintergrund unseres Antrages sind Berichte über Plastik-Vermüllung in Ländern wie Malaysia oder Indonesien, in die auch deutsche Unternehmen Abfall exportieren. Diese Exporte sind im freien Handel eigentlich nur fürs Recycling erlaubt. Recherchen unter anderem von Greenpeace zeigen aber, dass unsortierte und schwer recycelbare Kunststoffgemische zu Umweltverschmutzung in Entwicklungsländern beitragen.

Plastikabfall in guter Qualität ist viel wert. Sortenreiner Kunststoffabfall wird nach Angaben der Bundesregierung derzeit mit Marktpreisen von über 700 Euro je Tonne gehandelt. Die Exporte aus Deutschland sind von 2016 bis 2018 von 1,46 Millionen Tonnen auf 1,04 Millionen Tonnen gesunken.

Knapp ein Zehntel des Plastikabfalls in Deutschland wird exportiert, der größte Teil stammt laut Bundesumweltministerium aus Gewerbe und Industrie. Die Verpackungsabfälle aus den Dualen Systemen, die für gelben Sack oder gelbe Tonne zuständig sind, werden überwiegend in Deutschland recycelt, der Rest hauptsächlich in der EU.

Euer Stefan Weber

Aus dem Plenum

Für bessere Bedingungen in der Paketbranche

Die Paketbranche boomt in Zeiten des wachsenden Versandhandels. Doch Preisdruck oder Auslagerung der Zustellung an Subunternehmen trüben das Bild. Die SPD will hier gegensteuern.

Die schleswig-holsteinische SPD setzte sich im Mai mit einer parlamentarischen Initiative für bessere Arbeitsbedingungen von Paketboten ein. Die Fraktion unterstützt mit ihrem Vorstoß Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Hubertus will die großen Paketdienste verpflichten, Sozialabgaben für ihre Subunternehmer nachzuzahlen, wenn diese beim Mindestlohn betrügen. Um Heils Gesetzentwurf hatte sich in Berlin ein Konflikt mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) entzündet, der von einer Wachstumsbremse sprach.

Wir begründeten unsere Initiative damit, dass der Paketmarkt überwiegend über prekäre Beschäftigung wachse: Von den fünf großen Paketdiensten in Deutschland arbeiteten nur zwei überwiegend mit eigenen festangestellten und nach Tarif bezahlten Beschäftigten. In den anderen Betrieben wird dagegen fast ausschließlich mit Subunternehmen gearbeitet, bei denen die Arbeitsbedingungen vielfach prekär sind. Dadurch geraten auch die Unternehmen unter Druck, die tarifgebunden sind, ihre Leute ordentlich bezahlen und Beiträge für ihre soziale Absicherung abführen.

Die Ursachen für die Missstände in der Zustellbranche liegen vielfach im hohen Preisdruck bei der Auftragsvergabe sowie in der Auslagerung der Zustellung an Subunternehmen. Zur Stärkung der Arbeitnehmerschutzrechte müssten auch die Dokumentationspflichten erweitert werden, sagte SPD-Landtagsabgeordneter Thomas Hölck bei Vorstellung des Antrags. „Wir wollen Arbeitgeber dazu verpflichten, Beginn, Dauer und Ende der Arbeitszeit von Paketboten genau zu dokumentieren.“

Eine im Februar durchgeführte landesweite Kontrolle von Kurierfahrern und Paketboten in Schleswig-Holstein ergab, dass jedes zweite Unternehmen nicht den gesetzlich vorgeschriebenen 9,19 Euro Mindestlohn bezahlt.

Mitarbeiter der Hauptzollämter Kiel und Itzehoe hatten in vier Depots 76 Subunternehmer überprüft. Dabei wurde unter anderem kontrolliert, ob die Fahrer in Scheinselbstständigkeit tätig sind, teilte der Zoll mit.

Insgesamt wurden 41 Fälle des Verdachts von Mindestlohnunterschreitung registriert, und 29 Fälle des Verdachts von Sozialversicherungsbetrug. In fünf Fällen wurden Ausländer ohne erforderliche Arbeitsgenehmigung beschäftigt, und in 21 Fällen bestand der Verdacht auf Leistungsmissbrauch. In 29 Fällen wurden Beschäftigte nicht rechtzeitig der Rentenversicherung gemeldet.

Wenden in der Rettungsgasse ist kein Kavaliersdelikt

Das Missachten der Rettungsgasse kann Leben gefährden. Wer dort wendet, nimmt schwere Unfälle mit entgegenkommenden Rettungsfahrzeugen in Kauf und erschwert den Rettungsdiensten den Weg zur Unfallstelle. Ein solches Verhalten muss zwingend mit einem Fahrverbot einhergehen, meint unser SPD-Verkehrspolitiker Kai Vogel und hat dazu einen entsprechenden Antrag (Drs. 19/1532) in die Juni-Sitzung des Landtags eingebracht: „Wer war nicht entsetzt, als im Mai die Bilder von wendenden Fahrzeugen in der Rettungsgasse veröffentlicht wurden.“

Ein schwerer Unfall auf der A1 mit einer Sperrung, ein LKW war auf einen PKW aufgefahren und eine Person schwer verletzt worden. Nach Berichten der Medien sollen über 40 Fahrzeuge, sogar ein Auto mit Anhänger und Kleintransporter, in der Rettungsgasse gewendet haben. Es gab auch Videos von diesem katastrophalen Fehlverhalten im Netz.

Rettungsgassen können Leben retten, wenn die Unfallopfer schnell versorgt werden. Jeder, der die Einsatzkräfte hier behindert, gefährdet Leben. Wer in einer Rettungsgasse wendet und sie entgegen der Fahrtrichtung befährt, stellt alle diese Gefahren und was damit ausgelöst werden kann hinten an. Wir sind der Auffassung, dass dieses egoistische Verhalten stärker als bisher bestraft werden muss. Jemand, der eine Rettungsgasse missbräuchlich nutzt, muss immer mindestens mit einem Fahrverbot bestraft werden.

Tarifbindung in Schleswig-Holstein und deutschlandweit stärken

Die Tarifbindung ist in Deutschland seit Jahren rückläufig und hat leider insgesamt an Bedeutung verloren. Für die Beschäftigten bedeutet das handfeste Nachteile, denn sie verdienen in der Regel weniger, wenn die Arbeitgeber aus den Tarifverträgen aussteigen.

Ein Missstand, den wir als SPD nicht hinnehmen wollen.

Deshalb haben wir einen Antrag (Drs.19/1500) eingebracht, der die Stärkung der Tarifbindung von Unternehmen zum Ziel hat.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Kieler Landeshaus, Wolfgang Baasch, sagt dazu:

„Die Daten des Instituts für Arbeitsmarkt-und Berufsforschung zeigen, dass 71 Prozent der westdeutschen und 81 Prozent der ostdeutschen Betriebe nicht tarifgebunden sind. Laut einer Studie des WSI sind nur noch 57 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Westdeutschland in Betrieben/Unternehmen mit einem Tarifvertrag beschäftigt. Vor ca. 20 Jahren profitierten in Westdeutschland noch 70 Prozent der Beschäftigten von Branchen Tarifverträgen. Für Schleswig-Holstein beträgt diese Quote aktuell nur noch 52 Prozent. Dies ist mit Ausnahme von Baden-Württemberg der geringste Wert in Westdeutschland und wird sonst nur noch von den neuen Bundesländern unterboten.“

Aktuelle Studien der Hans-Böckler-Stiftung zeigen zum Beispiel auf, dass Unternehmen mit Tarifvertrag fast doppelt so häufig Urlaubsgeld zahlen. Und besonders weibliche Beschäftigte profitieren von einer Tarifbindung. Sie verdienen mit Tarifvertrag mehr. Zudem tragen Tarifverträge zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern bei, da eine Tarifbindung den Lohnrückstand von Frauen verringert. Wir haben daher die Landesregierung aufgefordert, die Bundesratsinitiative (Drs. 212/19) zur Stärkung der Tarifautonomie „Funktionsschwäche der Tarifautonomie: Problem benennen, Strategie entwickeln, Gestaltungswillen bezeugen“ zu unterstützen und eine Strategie zur Stärkung der tariflichen Ordnung in Schleswig-Holstein zu entwickeln. Schleswig-Holstein ist der Lohnkeller unter den westdeutschen Bundesländern. Unser Ziel ist es, dass Arbeit unbefristet, sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt wird. Das muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein wieder zum Normalfall werden.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Ein weiteres wichtiges Thema der letzten Landtagsberatungen war die Volksinitiative für bezahlbares Wohnen von Mieterverband und Sozialverband, die bislang weit über 30.000 Unterstützerinnen und Unterstützer in Schleswig-Holstein hat.

Die wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Özlem Ünsal, erklärt dazu: „Inzwischen gehen in Deutschland Zehntausende gegen die Spekulation mit Wohnraum auf die Straße. Bundesweit fühlen sich Mieterinnen und Mieter durch Wohnungsknappheit und starke Mietpreissteigerungen in ihrem Grundrecht des Wohnens bedroht. Viele von Ihnen erfahren die Folgen von Verkauf, Spekulation, Sanierungs-oder Modernisierungsmaßnahmen bitter am eigenen Leib. Mieten und Immobilienpreise steigen weiter an, Menschen werden immer mehr von Wohnkosten überlastet, aus zentralen Quartieren in die Peripherieverdrängt und im schlimmsten Fall sogar wohnungslos. Unsere Städte sind attraktiv, Grund und Boden aber nur begrenzt vorhanden.“

Seit den Achtziger Jahren haben sich Bund, Länder und Kommunen aber aus dem sozialen Wohnungsbau massiv zurückgezogen und die öffentliche Förderung vom Wohnungsbau deutlich zurückgefahren. Aus heutiger Sicht ein gravierender Fehler für die Daseinsvorsorge mit erheblichen Folgen für die Betroffenen. Weder der private Investor noch der Markt alleine regeln es. Wohnen ist eben kein ausschließliches Wirtschaftsgut, sondern ein Sozialgut und ein Menschenrecht.

Der Sozialverband und der Deutsche Mieterbund haben hierzu im Februar letzten Jahres eine landesweite Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum in Schleswig-Holstein gestartet. Wir als schleswig-holsteinische SPD unterstützen das Anliegen der Initiative, zu deren Kernforderungen insbesondere das Recht auf eine angemessene Wohnung in der Landesverfassung; der Bau von geförderten sowie barrierefreien Wohnungen; die Nachbesserung der Mietpreisbremse; die Neugründung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften mit Landesmitteln, sowie ein Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum gehören.

Einen frühzeitigen Vorstoß in Richtung Gesetzesinitiative haben wir bereits im vergangenen Jahr in den Landtag eingebracht. Neben vielfältigen Instrumenten der Wohnraumförderung brauchen wir diesen wirksamen rechtlichen Rahmen, damit es auf dem Wohnungsmarkt fairer zugeht. Wohnraummangel ist die große soziale Frage unserer Zeit.

Klimaschutz ist unbequem

Auch in der letzten Sitzung des Landtags vor der parlamentarischen Sommerpause nahmen die Themen Energiewende und Klimaschutz einen großen Raum ein. Dass bei der Jamaika Koalition hier zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine riesige Spalte klafft, erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Stegner:

„Klimaschutz und der konsequente Ausbau der Erneuerbaren Energien sind nicht zu trennen. Nur wenn wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energiequellen in den kommenden Jahren drastisch reduzieren, haben wir eine Chance, ebenso notwendige wie ambitionierte Klimaschutzziele zu erreichen. Eine vertretbare Alternative zum Klimaschutz gibt es nicht. Wir haben die Verantwortung, unseren Kindern und Enkeln eine Welt zu hinterlassen, die einigermaßen heil ist –und steigende Meeresspiegel, Wetterextreme und Dürren eben nicht der neue Normalzustand sind. Wir müssen uns ehrlich machen: Es ist beinahe zu spät. Sicherlich wäre es heute bequemer, wenn früher mehr getan worden wäre. Aber das wurde von zu vielen verschlafen und zu viele verkennen den Ernst der Lage....

Wir haben als SPD im März beantragt, den Klimaschutz in unsere Schleswig-Holsteinische Verfassung aufzunehmen. Als klares Zeichen, dass es uns ernst ist. Dass wir uns der Größe der Aufgabe bewusst sind, die vor uns liegt. Und dass wir dabei konsequent sein werden. Leider ist diese Koalition nicht nur bei der Energiewende ein Ausfall. Das zeigt der Blick auf die vergangenen Monate:

Das Tempolimit auf Autobahnen halten zwei Drittel dieser Koalition für Unsinn, obwohl es die Verkehrssicherheit voranbringen würde und es keine andere Maßnahme im Straßenverkehr gibt, mit der Sie sofort und ohne großen Aufwand eine vergleichbare Menge CO2 einsparen könnten, auch wenn der Beitrag zum Klimaschutz bescheiden wäre.

Auch der Energiewende- und Klimaschutzbericht zeigt, dass wir bei der Senkung der Treibhausgasemissionen in Schleswig-Holstein noch viel vor uns haben. Die Bilanz für Schleswig-Holstein ist keine gute. Um 28 Prozent ging es im Bundesdurchschnitt runter, in Schleswig-Holstein nur um gut 25 Prozent, vom Ziel 40 Prozent bis 2020 sind wir weit entfernt. Und der Hauptgrund dafür sind die Emissionen im Bereich der Landwirtschaft. Das kann niemanden überraschen.

Ich erinnere daran: Es war die Koalition, die hier unseren Antrag zur Verschärfung der Düngemittelverordnung abgelehnt hat.

Dabei brauchen wir dringend die Neuausrichtung der Landwirtschaft hin zu Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung: ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch rentabel!

Und ich will nur ein weiteres Beispiel nennen: Für unsere Anträge zur Plastik-Reduktion, die wir hier im Landtag gestellt haben, hatten CDU, FDP und Grüne entweder einen windelweichen Ersetzungsantrag in der Hinterhand, den sie durchgestimmt haben, oder sind bestenfalls auf unseren Zug aufgesprungen. So sieht die traurige Klimabilanz dieser Regierung aus. Viele Worte, wenig Taten, bestenfalls Stillstand!“

Die ganze Rede von Ralf Stegner kann hier abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/m7k-web-redesign-testversion-fa-avit/iframe.php?wp=5&tg=96&sg=270&fn=34&rd=270&suche=&b=22730>

Reden und Pressemitteilungen

„Es darf keine Nutzung von Upload-Filtern in Deutschland geben.“

Rede von Stefan Weber am 15. Mai 2019 zu TOP 16: Upload-Filter verbieten – Verträge mit Verwertungsgesellschaften schließen, Drs. 19/1403

Sehr geehrter Herr Präsident!

meine Damen und Herren!

Das deutsche Urheberrechtsgesetz bestimmt in Deutschland die Verwendung geistigen Eigentums in Bezug auf ideelle sowie materielle Aspekte. Das Urheberrecht sieht sich immer wieder konfrontiert mit Veränderungen in der Medienwelt.

Das deutsche Urheberrecht und die verwandten Leistungsschutzrechte erhielten im Laufe der Zeit immer wieder Anpassungen und Veränderungen. Diese sollten sicherstellen, dass die Vorschriften nicht den Anschluss an die technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen verlieren.

Ende März nun stimmte das Europaparlament der Reform des Urheberrechtsrechts zu. Damit kommt aber auch der Artikel 13, der in der aktuellen Version Artikel 17 ist, also die Pflicht für Internetplattformen wie Youtube, Inhalte auf mögliche Verstöße gegen das Urheberrecht zu prüfen.

Damit will die Europäische Union das Urheberrecht an das digitale Zeitalter anpassen und unter anderem für faire Bezahlung für Urheber und Rechteinhaber sorgen. Es geht darum, Plattformen, die wissentlich mit fremden Inhalten Geld verdienen, zu einer fairen Lizenzierung zu zwingen.

Die Zielrichtung ist richtig und es hört sich auch zunächst ganz richtig an. Aber wie kann man dies gewährleisten. Hier liegt das Problem. Diensteanbieter, die Werke in großem Umfang speichern oder öffentlich zugänglich machen, müssen nun geeignete Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Rechte der Urheber nicht verletzt werden.

Artikel 17 besagt nämlich, dass Plattformen wie Youtube, Instagram oder Facebook zukünftig dafür haftbar sind, wenn über ihre Plattformen Inhalte verbreitet werden, an denen sie keine Rechte haben, und zwar bereits zum Zeitpunkt des Hochladens. Bisher ist es so, dass Urheber sich selbst an YouTube wenden müssen, wenn sie ihre Rechte verletzt sehen. Die Plattform muss dann dagegen vorgehen.

Dass sich etwas ändert ist wichtig. Man kann zwar argumentieren, wenn jemand nicht will, dass seine Arbeit bzw. Werke nicht weiter genutzt werden, dann soll man sie eben nichts ins Netz stellen. Das ist so aber nicht ganz richtig, denn viele Werke landen heute irgendwie im Internet. Und darüber hat der einzelne Künstler bzw. Rechteinhaber kaum Kontrolle. Daraus für sich das Recht abzuleiten, einfach so alles verwenden zu dürfen, geht nicht. Aber dieses Verhalten ist leider weit verbreitet.

Von daher müssen neue Regeln her. Nur Upload-Filter sind der denkbar schlechteste Weg. Der Einsatz von Upload-Filtern, einer Software, die Dateien beim Hochladen prüft und gegebenenfalls abweist, wird zwar nicht explizit vorgeschrieben. Aber die großen Internet-Plattformen könnten auf die automatisierten Filter zurückgreifen.

Nur ein Hinweis in diesem Zusammenhang: Pro Minute werden etwa 400 Stunden an Videos auf Youtube hochgeladen. Das Problem ist: Solche Upload-Filter sind fehleranfällig und könnten auch Legales zurückweisen. Probleme könnte es zudem bei der Abgrenzung von erlaubten und unerlaubten Inhalten geben. Die zulässige Verbreitung von Zitaten oder Satire soll eigentlich nicht von der Urheberrechtsreform betroffen sein.

Da die Übergänge aber fließend sein können, ist unklar, wie einem Filter die Unterscheidung gelingen soll. Und weiter besteht die Gefahr, dass das System dazu verwendet werden könnte, um unliebsame Meinungen zu blockieren. Technologisch würde diese Möglichkeit bestehen.

Voraussetzung für die Zustimmung zur EU- Richtlinie war die von Bundesjustizministerin Katarina Barley abgegebene Protokollerklärung, dass wir den Artikel 13 bzw. jetzt Artikel 17 falsch finden.

Die nationale Umsetzung der EU-Urheberrichtlinie muss ohne Upload-Filter auskommen. Wir wollen keine Upload-Filter im Internet!

Die Verwertung und Vergütung kreativer Inhalte darf nicht auf Kosten von Freiheitsrechten erfolgen.

Wir wollen Upload-Filtern keine Entscheidung über unsere Meinungsfreiheit überlassen.

Es darf keine Nutzung von Upload-Filtern in Deutschland geben. Wir stimmen dem Antrag des SSW zu.

Die Rede kann unter diesem LINK abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/m7k-web-redesign-testversion-fa-avit/iframe.php?wp=5&tg=95&sg=267&fn=34&rd=380&suche=&b=22530>

Rede von Stefan Weber am 16. Mai 2019 zu TOP 23: Plastikmüll-Exporte verursachen schwere Schäden, Drs. 19/1440, 19/1476

Sehr geehrter Herr Präsident!

meine Damen und Herren!

Im Mülltrennen ist Deutschland Spitzenklasse. Doch Deutschland – das Mutterland der Mülltrennung – produziert so viel Plastikmüll wie kein anderes Land in Europa. 18,16 Millionen Tonnen Verpackungsmüll haben die Deutschen im Jahr 2016 produziert, das berichtet das Umweltbundesamt.

Darin eingerechnet sind sowohl Abfälle aus der Industrie, als auch aus privaten Haushalten. Maria Krautzberger, Präsidentin des Umweltbundesamtes sagt dazu: „Wir produzieren viel zu viel Verpackungsmüll – ein trauriger Spitzenplatz in Europa“.

Dass der Verbrauch trotz vieler Maßnahmen nicht sinkt, hat viele Gründe. Ein Beispiel sind zusätzliche Funktionen der Verpackungen wie Dosierhilfen oder aufwendige Verschlüsse. Diese benötigen mehr Material und machen das Recycling schwieriger.

Zudem setzt sich der Trend fort hin zu kleineren Portionen anstatt Großverpackungen, zu Versandhandel, anstatt vor Ort zu kaufen.

Glas, Papier, Blech, Pappe und Plastik sind aber nicht nur Müll, sondern auch wertvolle Rohstoffe. Im Idealfall entsteht so ein Kreislauf, in dem nichts verschwendet wird, und vieles wieder aufs Neue verwertet werden kann.

Bei den meisten Stoffen klappt das auch ganz gut, nicht jedoch bei Plastik. Nur ein Teil davon landet wie gewünscht in Recyclinganlagen, die Plastikflaschen, Verpackungen, Tüten und Einweggeschirr in Kunststoffpellets verwandeln. Ein großer Rest verschmutzt dagegen die Weltmeere. Oder er wird ins Ausland exportiert, wo der Abfall einfach ohne Schutzvorkehrungen verbrannt oder deponiert wird und die Umwelt ruiniert.

Jährlich werden gut eine Million Tonnen Plastikabfälle von Deutschland ins Ausland exportiert. Deutschland hat sich lange nicht dafür interessiert, was mit dem Wohlstandsmüll seiner Bürger geschieht. Länger ignorieren können wir dieses Problem aber nicht.

Nachdem China als größter Importeur von Plastikmüll 2018 einen Importstopp für Plastikmüll verhängt hatte, ist das Problem zum ersten Mal sehr deutlich geworden, denn 50 Prozent aller Plastikabfälle landeten dort. Aber was ist passiert: Kein Umdenken, nein! Die Müllentsorgung hat sich einfach in andere Länder verschoben, vor allem nach Malaysia, Thailand und Vietnam.

Nach den gravierenden Auswirkungen brennender Müllberge in Malaysia verschiebt sich das Problem weiter nach Indien und Indonesien. Aber auch die Türkei hat noch keine Importbeschränkungen verhängt.

Das Verbot von Plastiktellern, Trinkhalmen und anderen Wegwerfprodukten aus Kunststoff in der Europäischen Union ist zwar ein erster Schritt, doch der reicht nicht aus, solange weiterhin Verpackungsmüll in rauen Mengen produziert und weiter exportiert wird.

Zu begrüßen ist deshalb die Verständigung von 187 Staaten vom vergangenen Wochenende. Die Vertragspartner des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung haben sich auf drei Punkte geeinigt:

- jedes Land muss künftig vor dem Export von Plastikmüll genau angeben, welche Inhaltsstoffe dieser aufweist und gehandelt werden darf nur noch vorsortierter und gesäuberter Plastikmüll, der entsprechend recycle bar ist
- importierende Staaten sollen bei der Verarbeitung besser gefördert werden.

- zudem verpflichten sich die Vertragsstaaten, die globale Produktion von Plastik zu reduzieren.

Das ist ein ermutigender Schritt. Es wird jetzt aber darauf ankommen, dass dies in den einzelnen Ländern auch entsprechend umgesetzt wird, denn der Erfolg hängt von funktionierenden Kontrollen ab.

Der internationale Handel mit Kunststoffabfällen ist eine weltweite Milliardenindustrie, die nach wie vor nicht der internationalen Kontrolle unterliegt und verheerende Auswirkungen auf Umwelt und Menschen hat.

Wie in der Begründung unseres Antrags ausgeführt bleibt es trotz dieses Schrittes dabei: Deutschland und Europa sind in der Verantwortung, ihren Plastikmüll selbst zu sortieren, zu recyceln oder zu entsorgen.

Vielleicht reduziert dies dann auch unseren hohen Verbrauch. Die Bundesregierung sollte deshalb aus unserer Sicht den Export generell verbieten und ein solches Verbot auch auf EU-Ebene durchsetzen.

Die Rede kann unter diesem LINK abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/m7k-web-redesign-testversion-fa-avit/iframe.php?wp=5&tg=95&sg=268&fn=34&rd=380&suche=&b=22582>

Das ULD leistet hervorragende Arbeit

Pressemitteilung. Kiel 24. Mai 2019. *Anlässlich des Tätigkeitsberichts 2019 der Landesdatenschutzbeauftragten Marit Hansen erklärt der datenschutzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Weber:*

„Wir danken dem ULD und der Landesdatenschutzbeauftragten Marit Hansen für ihren Bericht. Die zunehmende Arbeitsbelastung durch die DSGVO hat das ULD gemeistert und ist auch für die Zukunft gerüstet. Damit das so bleibt müssen wir weiterhin dafür sorgen, dass der Datenschutz und das ULD einen hohen Stellenwert in der Politik haben.“

Über ein Jahr Arbeit und kein Ergebnis!

Pressemitteilung. Kiel 19. Juni 2019. Der Klärschlammbeirat seinen Zwischenbericht vorgestellt. Dazu erklärt Stefan Weber, Mitglied im Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume der SPD-Landtagsfraktion:

„Der gestern vorgestellte Zwischenbericht des Klärschlammbeirates zeigt, wie ernsthaft die Landesregierung mit diesem Thema umgeht. Nachdem es in 2017 und 2018 zu starken Entsorgungsengpässen für Klärschlämme gekommen ist, hat die

Jamaikaregierung in ihrer bekannten Art erstmal einen Beirat gegründet, der sich dieses Themas annehmen sollte. Seit eineinhalb Jahren besteht dieses Gremium und nun ist man endlich zu der Erkenntnis gekommen, dass die Klärschlammentsorgung in Schleswig-Holstein neu ausgerichtet werden muss. WOW! Was für eine Erkenntnis! Nach 15 Monaten Arbeit fängt der Beirat jetzt erst an, Fragen zum Umgang mit Klärschlamm bezüglich der Entwässerung, Trocknung und Lagerung klären zu wollen und will dafür ein Gutachten in Auftrag geben. Das kann kein Zwischenergebnis einer über einjährigen Arbeit sein.“

Integration wird im Amt Kisdorf großgeschrieben!

Pressemitteilung. Kaltenkirchen/Kisdorf 08. Juli 2019. Besuch des Landtagsabgeordneten Stefan Weber im Integrationshaus des Amtes in der Gemeinde Kisdorf.

Die Flüchtlings- und Integrationskoordinatorin des Amtes Kisdorf Susanne Strehl gab eine umfangreiche Einführung über die Entstehung des Integrationshauses vor anderthalb Jahren und über ihre tägliche Arbeit.

Anschließend konnte Stefan Weber das Haus besichtigen. Zu sehen gab es neben einem Büro, einen Raum für gemeinsame Gespräche der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einen Schulungsraum, einen Raum für die psychologische Betreuung, ein kleines Lager in dem Spenden für die Flüchtlinge gesammelt werden, eine kleine Küche und eine Spielecke für Kinder. Alle Räume sind hell und freundlich eingerichtet und laden zum Verweilen ein. Hinter dem Haus befindet sich außerdem noch eine Fahrradwerkstatt, die einmal die Woche geöffnet hat. „Toll das hier die Migranten angeleitet durch die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern lernen wie Fahrräder repariert werden und diese dann auch selber nutzen und instandhalten dürfen.“ merkt Stefan Weber anerkennend an.

Stolz berichteten die Anwesenden das die unterschiedlichsten Kurse angeboten werden. Deutsch Mülltrennung, Verkehrserziehung, Berufsvorbereitung, Bewerbungstraining oder Gymnastik, um nur einige zu nennen.

Im Anschluss an die Begehung folgte ein Gespräch mit drei ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern statt. Frau Hilbert, Frau Koslowski und Herr Bausch berichteten von ihren Erfolgen bei der Betreuung der Familien. Der Kontakt besteht oft schon seit Jahren. Am Anfang steht immer die Versorgung der Familien mit den Grundlagen des täglichen Lebens. Im Anschluss verändert sie sich dahingehend, dass jetzt Hilfe bei Anträgen, Ämterbesuchen, Schule, Ausbildung, Beruf oder der Wohnungssuche geleistet werden. Der Lohn der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ist das Lächeln und die Freude der Menschen, die sie unterstützen konnten. Abschließend stellte Stefan Weber fest: „Hier im Integrationshaus in Kisdorf wird die Integration der Hilfesuchenden ganz großgeschrieben, man merkt mit wieviel Engagement und Elan die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, aber auch Frau Strehl ihre Aufgabe bewältigen. Dafür vielen Dank“ und weiter mahnt Weber: Die Integration der zu uns gekommenen Menschen ist für unsere Gesellschaft enorm wichtig. Ich hoffe, dass dies auch bei der Finanzplanung des Landes für die kommenden Jahre auf Zustimmung trifft und berücksichtigt wird.“



Foto v.l.n.r.: Arnine Sargysan, Stefan Weber, Rainer Bausch, Evelyn Hilbert, Christa Koslowski, Arman Sargysan

Redaktion: Michael Schmidt – Kiel / Kaltenkirchen